

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Schulausschusses am Montag, den 16.04.2018, um 17:00 Uhr im Mehrzweckraum des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Harald Weiss

Ausschussmitglieder

Ingrid Bartholomäus

Saskia Burgmann

Sabine Danowski

Renate Greif

Thomas Lorenz

ab 17.15 Uhr / vor TOP 2.)

Malik Nasir Mahmood

Petra Pfeiffer

ab 17.10 Uhr / vor TOP 2.)

Annette Pizzato

Michaela Strukmeier

Annette Verhees

Dejan Vujinovic

Burkhard Wigge

Beratende Mitglieder

Christian Schoppe

Eberhard Wolff

Schriftführerin

Britta Knorz

Jürgen Funke

Heide Nahrgang

Vertretung für Grüterich, Margot

Frank Nipken

Sandra Pahl

Udo Schäfer

Vertretung für Römerscheidt,
Melanie

Roswitha Winterhagen

es fehlt:

Ausschussmitglieder

Margot Grüterich

Melanie Römerscheidt

Tagesordnung:

(Öffentlicher Teil)

1. Niederschrift über die 16. Sitzung des Ausschusses am 06.02.2018 (öffentlicher Teil)
2. Schulentwicklungsplan Teil II - weiterführende Schulen IV/0499/2018
3. Schulentwicklungsplanung im Primarbereich zum Thema "Bildungshaus" IV/0500/2018
4. Planung eines "Schwerpunkt-Gymnasiums" im Rahmen der Umstellung auf G9 BV/0552/2018
5. Bildung jeweils einer Überhangklasse für das 5. und 6. Schuljahr des Schuljahres 2018/19 der Sekundarschule BV/0548/2018
6. Namensgebung Sekundarschule - Vorstellung des bisherigen Prozesses IV/0501/2018
7. Mitteilungen und Fragen

Der Ausschussvorsitzende eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung und begrüßt neben allen anderen Anwesenden insbesondere Herrn Dr. Garbe und Herrn Gniostko, die heute den Schulentwicklungsplan vorstellen. Anschließend stellt er die Beschlussfähigkeit fest und lässt sich von den Ausschussmitgliedern bestätigen, dass zu keinem Tagesordnungspunkt Befangenheit besteht.

Die Einladung wurde form- und fristgerecht zugestellt, wird jedoch von Herrn Weiss dahingehend korrigiert, dass zur 17. Sitzung des Schulausschusses eingeladen wird und nicht wie irrtümlich angegeben zur 16. Sitzung.

Vor Einstieg in die Tagesordnung übergibt Herr Weiss das Wort an Herrn Funke, der Informationen der Verwaltung vorträgt.

1. Sachstand zur Schülerbeförderung

Im Anschluss an die Schulausschusssitzung im Februar hat ein Gespräch mit der Geschäftsführung der OVAG sowie dem Landrat stattgefunden. Die OVAG sagte zu, einen verkehrsplanerischen Vorschlag für die Schülerbeförderung zu unterbreiten. Die Fertigstellung dieses Vorschlags wird zur Zeit abgewartet, um anschließend die gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss vorzubereiten. Diese Sitzung wird voraussichtlich Ende Mai stattfinden, sofern der Vorschlag der OVAG bis dahin vorliegt.

Herr Weiss ergänzt, dass in dem gemeinsamen Termin der OVAG der Grund der Kündigung erläutert wurde und vor allen Dingen die OVAG gebeten wurde zu prüfen, in welchem Rahmen Einsparungen möglich sein könnten. Erst wenn ein Gesamtkonzept unter Einbindung der OVAG vorliegt, ist eine politische Entscheidung sinnvoll.

Frau Strukmeier möchte wissen, ob in diesem Konzept berücksichtigt wird, möglichst viele Schulbuskinder in den ÖPNV einzubinden. Herr Weiss bestätigt, dass die OVAG gebeten wurde, dieses Anliegen in ihrem Konzept zu berücksichtigen.

Frau Danowski ist davon ausgegangen, dass heute die Ergebnisse der Konzeptgruppe zur Schülerbeförderung vorgestellt würden. Frau Pizzato ist noch nicht klar, ob bei einer durchzuführenden Änderung im Bereich der Schülerbeförderung unterschiedliche Schulanfangszeiten oder auch eine eventuelle Ausweitung in den OGS-Bereich vorgesehen ist.

Herr Funke erläutert, dass innerhalb der Verwaltung entschieden wurde, diese Ergebnisse im gemeinsamen Ausschuss zu präsentieren. Einzelne Mitglieder der Konzeptgruppe haben ihre Bereitschaft signalisiert, die Ergebnisse im gemeinsamen Ausschuss vorzutragen. Zu den verkehrsfachlichen Themen wird in der gemeinsamen Sitzung die OVAG vortragen.

Frau Greif vermisst, dass nicht bereits heute konkret darüber informiert wird, was die Mitglieder des Schulausschusses in der gemeinsamen Sitzung erwartet.

Herr Wolff fragt, ob schriftliche Ergebnisse der Konzeptgruppentermine vorliegen. Das bestätigt Herr Funke unter Hinweis auf die Daten, die in die vorbereiteten Ausschreibungsunterlagen eingeflossen sind. Bei den Varianten, bei denen der ÖPNV betroffen ist, sind die Kompetenzen und Fähigkeiten der Konzeptgruppe jedoch überschritten, so dass man auf die Ergebnisse der OVAG angewiesen ist. Hierfür zeigt Frau Danowski Verständnis und erwartet Klärung bei der Frage, wo Bedarf zur Schülerbeförderung besteht und wann zu welcher Schule gefahren wird.

Herr Vujinovic schlägt abschließend vor, die Zusammenfassung der Ergebnisse der Konzeptgruppe der Niederschrift beizufügen.

2. Beiratssitzung Förderschule Nordkreis

In der vergangenen Beiratssitzung der Förderschule Nordkreis berichtete Frau Mohr, dass ihr bekannt sei, dass zwei Bewerbungen für die stellvertretende Schulleitung eingegangen seien. Zu wann die Bezirksregierung diese Stelle besetzen wird, ist allerdings noch unklar.

Zum Lehrer-Schüler-Verhältnis berichtete Frau Mohr, dass früher dieses Verhältnis 1 : 4 war, sich aber jetzt zu 1 : 10 gewandelt hat. Diese Situation ist eine enorme Verschlechterung, allerdings durch neue Gesetzgebungen so vorgegeben.

Die bemängelte, fehlende Anwesenheit der Schulleitung am Standort der Armin-Maiwald-Schule lässt sich durch die nicht besetzte Stelle von Herrn Lesemann erklären und wird sich hoffentlich mit Neubesetzung dieser Stelle wieder entschärfen.

3. Sachstand Medienentwicklungsplan

Herr Funke kann berichten, dass die Schulen ihre pädagogischen Medienkonzepte der ADV-Abteilung inzwischen vorgelegt haben. Die ADV-Abteilung wird nun festlegen, welche Technik standardisiert werden soll und welche Maßnahmen zwingend in 2018 umgesetzt werden müssen. Da in 2019 weitere Fördermöglichkeiten in digitaler Hinsicht in Aussicht gestellt wurden, sollen nicht dringliche Maßnahmen in den Folgejahren umgesetzt werden. Zur nächsten Schulausschusssitzung am 25.06.2018 werden Frau Ochs und Herr Medek u.a. über den WLAN-Ausbau berichten.

Frau Pizzato interessiert, ob der Medienentwicklungsplan auch auf die Fähigkeiten und Möglichkeiten der Lehrkräfte eingeht, um mit den technischen Neuheiten zu arbeiten und diese instand zu halten. Herr Funke berichtet hierzu, dass der Support in der Tat eine Problematik darstellt, da den Lehrern hierfür keine Zeitkontingente zur Verfügung stehen und auch die ADV-Abteilung nur in begrenztem Maße unterstützen kann. Es muss noch geklärt werden, wie dieser Support zufriedenstellend funktionieren kann. Zur Klärung, welche Lehrer/innen an den Schulen für den Support vorgesehen sind, wird sich die Verwaltung eine Liste der Medienbeauftragten an den Schulen zukommen lassen.

(Öffentlicher Teil)**1. Niederschrift über die 16. Sitzung des Ausschusses am 06.02.2018 (öffentlicher Teil)**

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder genehmigen die Niederschrift der 16. Sitzung und nehmen diese ohne weitere Wortmeldung an.

2. Schulentwicklungsplan Teil II - weiterführende Schulen IV/0499/2018

Herr Weiss übergibt das Wort an Herrn Gniostko, der zum Einstieg in den Schulentwicklungsplan eine Kurzzusammenfassung des SEP als Tischvorlage austeilen lässt.

Nach Vorstellung der gesamten Schulentwicklungsplanung, die den Ausschussmitgliedern, den Fraktionsvorsitzenden sowie den Schulleitungen kurzfristig digital zur Verfügung gestellt werden, steht Herr Gniostko gemeinsam mit Herrn Dr. Garbe zur Klärung erster Fragen zur Verfügung.

Herr Lorenz interessiert die Empfehlung, die naturwissenschaftlichen Räume im Bildungscampus Hermannstraße getrennt nach Sekundarschule und Gymnasium nutzen zu lassen. Er hält es für sinnvoller, dass die zur Verfügung stehenden Räume durch die Schule nutzbar seien, die aufgrund der Schülerzahlen einen höheren Bedarf an diesen Räumen hat. Hierzu erklärt Herr Gniostko, dass eine konkrete Zuordnung der naturwissenschaftlichen Räume allein aufgrund der unterschiedlichen Stundentafeln erforderlich ist. Herr Dr. Garbe ergänzt, dass bei künftigen Berechnungen der Klassengrößen keine Einwände bestehen, diese zu einem späteren Zeitpunkt einer anderen Schule zuzuordnen. Da sich der naturwissenschaftliche Unterricht im 5. und 6. Schuljahr durch aufzubauende Experimente in der Sekundarschule vom Gymnasium unterscheidet, hält er eine Vermischung der Nutzungen für nicht durchführbar.

Außerdem möchte Herr Lorenz wissen, warum das geplante katholische Bildungshaus weiterhin 2-zügig geplant wird, obwohl in den vergangenen Jahren eine Auslastung für eine 3-Zügigkeit offensichtlich gegeben war. Herr Gniostko hält eine Planung eines neuen 3-zügigen Schulgebäudes für kontraproduktiv, da verhindert werden soll, dass alle Familien in dieses Gebäude drängen. Ziel soll es sein, alle Grundschulstandorte so zu standardisieren, dass sich nicht eine Schule von der anderen abhebt. Ein ganz wichtiger Standortfaktor wird zukünftig die Betreuung nach Schulschluss sein. Hierzu werden kurzfristig alle Eltern von Kindern im Alter von 0 - 8 Jahren nach ihren Bedürfnissen befragt. Nach Auswertung der Ergebnisse wird auch hier eine Standardisierung geplant.

Frau Danowski bedankt sich bei allen Schulleitungen für den von Herr Gniostko in seinem Bericht immer wieder erwähnten Konsens zwischen den Schulen.

Frau Burgmann schließt sich den Schulberatern an und lehnt eine Zentralisierung der naturwissenschaftlichen Räume im Bildungscampus aufgrund ihrer praktischen Erfahrung ab. Eine Nutzung dieser Räume von verschiedenen Schulen hält sie für nicht praxistauglich.

Den Begriff des "rhythmisierten katholischen Bildungshauses" lässt sie sich erläutern. Hierzu erklärt Herr Gniostko, dass die Kath. Grundschule zukünftig eine stärkere Verzahnung zwischen pädagogischem Schulunterricht und der OGS-Betreuung wünscht.

Frau Burgmann verwundert, dass die Kath. Grundschule 2-zügig geplant werden soll, die Kita, die an diesem Bildungshaus angeschlossen werden soll allerdings 4-zügig geplant wird. Hier fehlt ihr das Gleichgewicht. Herr Gniostko erklärt, dass die Kita-Gruppen viel kleinere Gruppen haben und der Schulwechsel aus einer Kita-Gruppe nicht alle Kinder gleichzeitig betrifft. Es wird nie zu einem homogenen Wechsel einer Kita-Gruppe in eine Schulklasse kommen. Abschließend bittet Frau Burgmann darum, bei der Zügigkeit den späteren Standort des geplanten Bildungshauses zu berücksichtigen.

Herr Wolff möchte wissen, welche Kosten die gesamten Maßnahmen des vorgestellten Schulentwicklungsplanes verursachen werden. Herr Nipken rechnet mit einem zweistelligen Millionenbetrag im unteren Bereich. Er stellt gleichzeitig fest, dass die Umsetzung aller vorgeschlagenen Maßnahmen nicht unmittelbar und zeitgleich möglich ist. Vielmehr handelt es sich um den Beginn eines Prozesses zur Umsetzung idealtypischer Vorstellungen. Herr Gniostko weist darauf hin, dass man jedoch Ziele vor Augen haben muss, um aufgrund von Verschiebungen von Maßnahmen keine Fehlinvestitionen zu tätigen. Hierzu ergänzt Herr Dr. Garbe, dass im THG bereits zum jetzigen Zeitpunkt von G8 keine Besprechungsräume zur Verfügung stehen. Diese Tatsache widerspricht dem Datenschutz. Die Umsetzung der Maßnahmen ist daher in vielen Bereichen als Pflichtaufgabe zu verstehen.

Herr Wigge erinnert an das geplante Neubaugebiet Karthausen und möchte wissen, wann mit der Umsetzung der Planungen in diesem Bereich begonnen werden muss, um den zu erwartenden Bedarfen gerecht zu werden. Hierzu erläutert Herr Dr. Garbe, dass man die entsprechenden Bebauungsplan-Beschlüsse und damit in Verbindung stehenden Grundstücksverkäufe als maßgebend betrachten muss. Für eine Ausweitung der Grundschule Bergerhof muss man eine 18-monatige Bauphase einkalkulieren; unter Berücksichtigung der erforderlichen Planungs- und Ausschreibungsphase sollte man 2 bis 3 Jahre einplanen. Im nächsten Jahr sollte daher konkret in die Planung eingestiegen werden.

Auch die Standortfrage zum Kath. Bildungshaus sollte kurzfristig angegangen werden. Bevor es an die eigentliche Planung geht, spricht man von der Planungsphase 0. Diese Planung sollte unmittelbar nach den Sommerferien beginnen.

Frau Strukmeier ist es wichtig, dass alle im Schulentwicklungsplan angesprochenen Maßnahmen auch umgesetzt werden. Es ist wichtig, in Bildung zu investieren und dazu gehört für sie auch eine gute Mittagsverpflegung und somit eine gute Mensaplanung. Zur Planung der 2-Zügigkeit des katholischen Bildungshauses erinnert sie an die Aussage der Schulleitung, die auch eine weitere 2-Zügigkeit gewünscht hat.

Herr Vujinovic gibt zu der Empfehlung, ein Schwerpunktgymnasium zu bilden zu bedenken, dass es noch keine Gesetzesgrundlage gibt, auf die die Beantragung bei der Bezirksregierung erfolgen könnte. Hierzu verweist Herr Gniostko auf die Dringlichkeit im Rahmen der Gesetzgebung, da bei Nichtbeachtung dieser Problematik die Einführungsphase verloren geht. Er ist sich sicher, dass der Gesetzgeber hierfür eine Lösung finden muss und zeitnah eine finden wird. Daher rät er, möglichst schnell zu

reagieren. Ihm ist bekannt, dass Großstädte bereits bei der Bezirksregierung entsprechend vorgesprochen haben.

Herr Schäfer fragt im Hinblick auf die zu erwartenden Kosten, die mit den Maßnahmen im Schulentwicklungsplan in Verbindung stehen, welche Fördergelder hierfür zu erwarten sind. Herr Gniostko ist zum jetzigen Zeitpunkt nur das Förderprogramm "Gute Schule" bekannt. Hier lenkt Herr Funke ein, dass diese Fördersumme in keinem Fall ausreichend ist, um einen Schulneubau zu finanzieren. Aus Hückeswagen ist ihm bekannt, dass dort für den geplanten Schulneubau ca. 15 Mio. eingeplant werden. Voraussichtlich könnten Fördergelder für den Bereich der Ganztagsbetreuung in Aussicht gestellt werden.

Frau Pizzato erinnert daran, dass die Fördergelder "Gute Schule" auch schon verplant sind. Diese Tatsache bestätigt Herr Funke und sagt zu, der Niederschrift eine Zusammenstellung der bereits geförderten Projekte sowie der bereits geplanten Projekte beizufügen.

Herr Dr. Garbe hofft, dass der Digitalpakt bis zum Sommer in Kraft tritt und hierüber alle digitalen Maßnahmen abgewickelt werden können.

Herr Schoppe weist in Zusammenfassung der Schulentwicklungsplanung darauf hin, dass alle vorgeschlagenen Maßnahmen wichtig für eine Zukunftsplanung der Schulen sind und man nicht vergessen darf, dass 25 Jahre sehr wenig in die Schulen investiert wurde.

Beschluss:

3. Schulentwicklungsplanung im Primarbereich zum Thema IV/0500/2018 "Bildungshaus"

Das Wortprotokoll zu TOP 3.) wurde vermischt mit dem Wortprotokoll zu TOP 2.).

Beschluss:

4. Planung eines "Schwerpunkt-Gymnasiums" im Rahmen BV/0552/2018 der Umstellung auf G9

Da bereits zu TOP 2.) die Sachlage und Problematik der fehlenden Einführungsphase im Schuljahr 2023/24 erläutert wurde, verweist Herr Weiss lediglich auf den formulierten Beschlussentwurf.

Frau Strukmeier bittet darum, bei der geplanten Kontaktaufnahme zur Bezirksregierung den Begriff "frühzeitig" durch "unverzüglich" zu ersetzen. Die Verwaltung kommt dieser Bitte nach.

Die Herren Garbe und Gniostko werden durch Herrn Weiss verabschiedet.

Beschluss:

Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, schon frühzeitig in die Planung für die Einrichtung von zusätzlichen Lerngruppen zur Erreichung einer Einführungsphase im Schuljahr 2023/24 am THG einzusteigen und unverzüglich Kontakt zur Bezirksregierung aufzunehmen, um als Standort für eine solche Schule ausgewählt zu werden.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen 15
 Nein-Stimmen
 Enthaltungen

**5. Bildung jeweils einer Überhangklasse für das 5. und 6. BV/0548/2018
 Schuljahr des Schuljahres 2018/19 der Sekundarschule**

Herr Funke trägt zur Sachlage vor. Frau Strukmeier möchte wissen, wieviel Kinder mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf unterrichtet werden. Nach Aussage von Frau Pahl sind in jeder Klasse mindestens 2 zu fördernde Kinder vorhanden und mit Blick auf die ganze Schule ist mittlerweile jeder Förderschwerpunkt vertreten. Außerdem bestätigt Frau Pahl, dass mit den Neueinstellungen zum neuen Schuljahr nicht nur die räumlichen Voraussetzungen für die neuen Klassen sondern auch die pädagogischen Voraussetzungen gegeben sind.

Beschluss:

Der Schulausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die Schulverwaltung zu beauftragen, bei der Bezirksregierung Köln für die Sekundarschule für den Schuljahrgang 2018/19 eine Überhangklasse zu beantragen, so dass das kommende Schuljahr mit 4 Parallelklassen starten kann. Ebenfalls ist die Schulverwaltung zu beauftragen, für das jetzige 5. Schuljahr für das neue Schuljahr eine 4-Zügigkeit zu beantragen.

Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen 15
 Nein-Stimmen
 Enthaltungen

6. Namensgebung Sekundarschule - Vorstellung des bisherigen Prozesses

IV/0501/2018

Frau Pahl berichtet über den erfolgten Namensfindungsprozess der Sekundarschule. Sie stellt klar, dass der gefundene Schulname der Wunsch der Schulkonferenz der Sekundarschule ist und die Entscheidung jetzt von der Politik getroffen wird.

Zum besseren Verständnis verteilt sie ein Handout, welches auch der Niederschrift beigelegt wird.

Nach Vorstellung der Beweggründe der Schule, sich am Findungsprozess für einen Namen zu beteiligen und den Namen Malala-Yousafzai-Schule zu empfehlen, betont Frau Pahl, dass es der Schulkonferenz gelungen ist, den Namensgebungsprozess demokratisch durchzuführen und einen Namen ausgewählt zu haben, der ins Selbstbild der Schule passt. Sie bittet alle beteiligten Politiker darum, bei Ablehnung dieses Namens, Kontakt zur Schule aufzunehmen und mögliche Alternativen zu nennen.

Frau Greif bedankt sich und bestärkt Frau Pahl darin, dass jetzt alle gefordert sind, sich am weiteren Namensgebungsprozess zu beteiligen. Es ist wichtig, eine gemeinsame Lösung zu finden, die für viele Jahre Bedeutung haben wird.

Herr Lorenz ist der Meinung, dass sich jede Schule durch die Namensgebung eine eigene Identität geben sollte. Ihm ist es wichtig, das Vertrauen der Eltern zu halten. Trotzdem lenkt er ein, dass bei sämtlichen Namensgebungen zukünftig berücksichtigt werden sollte, dass bei lebenden Personen grundsätzlich das Einverständnis dieser Personen eingeholt werden muss. Diese Personen müssen bewusst in die Namensgebung einwilligen.

Frau Strukmeier kann nicht nachvollziehen, warum die geplante Namensgebung nicht die Zustimmung aller Anwesenden erhält. Sie hält es für ein fatales Signal jetzt gegen den gewünschten Namen auszusprechen und verlangt eine Abstimmung.

Frau Danowski möchte keine vorschnelle Entscheidung treffen und weist darauf hin, dass kein Zeitrahmen vorgibt, bis wann die Sekundarschule einen Namen erhalten muss. Herr Lorenz bestätigt diese Aussage, gibt aber zu bedenken, dass die ursprüngliche Zeitplanung der Sekundarschule vorsah, dass mit Beginn des 3. Jahres ein Name bekannt gegeben werden sollte. Er möchte mit der Namensgebung keinen Endlosprozess in Gang setzen.

Herr Weiss schlägt vor, dass jede Fraktion bzw. jedes Ratsmitglied sich einen geeigneten Namen überlegen sollte. Herr Funke ergänzt, dass diese Vorschläge dann in der Schulausschusssitzung am 25.06. beraten werden könnten und am 10.07. in der Ratssitzung ein Beschluss herbeigeführt werden könnte. Nach der Ratssitzung könnte dann der Kontakt zu dieser Person hergestellt werden, so dass eine Namensgebung zum Herbst 2018 möglich ist.

Herr Wigge weist darauf hin, dass die Fraktionen bei den Namensvorschlägen auch die Wünsche und Vorstellungen der Schule berücksichtigen und respektieren sollen.

Herr Funke formuliert den gemeinsam erarbeiteten Vorschlag wie folgt:

Bis zur nächsten Schulausschusssitzung am 25.06.2018 wird den politischen Gremien Gelegenheit gegeben, einen Schulnamen vorzustellen, der in Absprache mit der Sekundarschule und unter Vorbringung von Argumenten erfolgte.

Hinweis: Um die Namensvorstellungen bereits in der Einladung zur nächsten Schulausschusssitzung berücksichtigen zu können, wird darauf hingewiesen, dass diese Vorschläge beim Amt für Schule, Kultur und Sport rechtzeitig bis zum 12.06.2018 vorliegen müssen.

Beschluss:

7. Mitteilungen und Fragen

Herr Mahmood sprach den schlechten Zustand der Toiletten an der Grundschule Bergerhof an. Herr Funke erklärt hierzu, dass dieser Zustand bekannt ist. Die Toilettenanlage ist alt, aber funktional. Er sichert zu, bei weiteren Planungen, die den Schulstandort Bergerhof angehen, eine Änderung vorzunehmen.

Ende öffentlicher Teil: 19.45 Uhr

Beschluss:

Harald Weiss Thomas
Lorenz
Vorsitzender

Britta Knorz
Schriftführer

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter